Weimarer Republik und Drittes Reich esquema

Resumen <http://www.lexikon-drittes-reich.de/Weimarer_Republik> datos y bibliografía <http://blog.zeit.de/schueler/2010/09/08/thema-weimarer-republik-1919-bis-1933>

Link <http://www.stefanjacob.de/Geschichte/Unterseiten/Zeittafel.php?Intern=6>

|  |
| --- |
|  |
|  |
| http://www.stefanjacob.de/Geschichte/Bilder/Spacer1.gif

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| 1918 (9. November) | **Ausrufung der Republik:**am Tag der Abdankung Kaiser Wilhelms II. ruft der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann in Berlin die "Deutsche Republik" aus; die 1916 als Abspaltung von der SPD entstandenen kommunistischen "Spartakisten" Karl Liebknechts versucht durch eine zweite Republik-Verkündung, den Zusammenbruch der Monarchie für die Eröffnung der Revolution auszunutzenhttp://www.stefanjacob.de/Geschichte/Bilder/Sound.gif Philipp Scheidemann: Ausrufung der Deutschen Republik | Rosa LuxemburgDie Frauenrechtlerin Rosa Luxemburg wurde, zusammen mit ihrem kommunistischen Genossen Karl Liebknecht, 1919 in den Wirren der Republik-Gründung verhaftet und getötet.Friedrich EbertFriedrich Ebert, Kanzler der Übergangszeit von der Monarchie zur Republik, dann bis zu seinem Tode 1925 erster ReichspräsidentGeneral LudendorffGeneral Erich Ludendorff, neben Feldmarschall Hindenburg wichtigster Heeresführer des 1. Weltkrieges, war während der Zeit der Weimarer Republik an mehreren Attacken von rechts gegen das verhaßte System beteiligtErnst ThälmannEine andere ständige Bedrohung für den Bestand der Weimarer Republik: die kommunistische Partei (KPD) mit ihrem Anführer Ernst ThälmannWalther RathenauAußenminister Walther Rathenau, verantwortlich für den Rapallo-Vertrag, wurde 1922 von rechten Republik-Gegnern ermordet |
| 1918 (11. November) | Besiegelung des Waffenstillstands an allen Fronten - der Krieg ist beendet |
| 1918 (Dezember) | der neue Reichskanzler Friedrich Ebert (SPD) läßt die Arbeiter- und Soldatenaufstände in Berlin durch Truppen der Reichswehr gewaltsam beenden; bei weiteren revolutionären Unruhen im Januar 1919 werdendie Spartakusbund-Führer Liebknecht und Rosa Luxemburg von Freikorps-Offizieren verhaftet und in der Gefangenschaft getötet |
| 1919 (Januar) | Wahl zur Nationalversammlung, erstmals in der deutschen Geschichte unter Beteiligung der Frauen: die SPD wird stärkste Partei und kann zusammen mit dem katholischen Zentrum und der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) die Regierung bilden |
| 1919 (Februar) | Wahl Friedrich Eberts zum ersten Reichspräsidenten |
| 1919 (22. Juni) | in Weimar beschließt die Nationalversammlung die neue Verfassung - daher der Name "Weimarer Republik" |
| 1919 (28. Juni) | **"Versailler Friedensvertrag":**angesichts der Drohung der Alliierten, den Krieg erneut zu eröffnen und nach Deutschland einzumarschieren, sieht die SPD-Regierung sich gezwungen, das von den Siegern allein ausgehandelte und den Deutschen ohne Mitspracherecht diktierte Vertragswerk zu unterzeichnen;die erpreßte Annahme des *Versailler Diktats* belastet die Republik und ihre Akzeptanz in der Bevölkerung von Anfang an schwer; die Hauptbestimmungen lauten: |
|

|  |  |
| --- | --- |
| 1. | der Kaiser sowie mehrere Generäle und Politiker sollen als "Kriegsverbrecher" ausgeliefert werden |
| 2. | Deutschland muß rund 70.000 km² Territorium abtreten, hauptsächlich an Polen, Frankreich und Belgien |
| 3. | die deutsche Stadt Danzig wird unter Völkerbundsmandat gestellt und damit polnischem Einfluß ausgeliefert |
| 4. | alle deutschen Kolonien müssen an die Siegermächte abgegeben werden |
| 5. | sämtliches Kriegsmaterial ist an die Alliierten auszuliefern |
| 6. | die künftige deutsche Armee bleibt auf ein Berufsheer von 100.000 Mann beschränkt |
| 7. | alle alliierten Kriegsgefangenen müssen von Deutschland sofort freigelassen werden, während die deutschen Gefangenen erst später heimkehren dürfen |
| 8. | große Teile des deutschen Rheinlandes sollten auf unbestimmte Zeit von französischen und englischen Truppen besetzt bleiben |
| 9. | Deutschland (und seinen Verbündeten) wird die alleinige Kriegsschuld zugewiesen, mit der Konsequenz, daß es Reparationszahlungen in Höhe von 269 Milliarden Goldmark in 42 Jahresraten zu zahlen haben würde (1921 revidiert: 132 Mrd.) |
| 10. | Österreich muß Südtirol an Italien abtreten und darf sich nicht mehr an das Deutsche Reich anschließen; die Donaumonarchie wird zerstückelt und in autonome Kleinstaaten aufgelöst |

 |
| 1920 | Kapp-Putsch: unter der Führung des ostpreußischen Politikers Kapp bildet eine Gruppe aus Reichswehroffizieren und Freikorps-Angehörigen in Berlin eine Gegenregierung; obwohl Heeresleiter General von Seeckt nicht eingreift, bricht der Putsch nach wenigen Tagen unter einem Generalstreik der Gewerkschaften und Beamten zusammen. |
| 1921 | eine Volksabstimmung ergibt, daß die Mehrheit der Bevölkerung Oberschlesiens bei Deutschland bleiben will; trotzdem wird das Gebiet geteilt und wichtige Industrieregionen mit 400.000 deutschen Einwohnern dem neuen polnischen Staat zugeschlagen |
| 1922 | Abschluß des "Rapallo-Vertrags" zwischen Deutschland und Sowjetrußland: Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen, Handelsabkommen, gegenseitiger Verzicht auf Kriegsentschädigungen |
| 1922/23 | Wirtschaftskrise und Hyper-Inflation in Deutschland (Stand 15.11.1923: 1 US-Dollar = 4200 Milliarden Mark); die Alliierten verlangen die im Versailler Diktat festgesetzten Reparationen, Deutschland ist außerstande, sie zu erbringen |
| 1923 (Januar) | Einmarsch französischer und belgischer Truppen in das Ruhrgebiet, um gewaltsam deutsche Reparationsleistungen in 'Naturalien' (Rohstoffe, Industrieprodukte) einzutreiben; Reichskanzler Cuno fordert das Volk zu passivem Widerstand auf, England und die USA protestieren gegen das Vorgehen Frankreichs, dennoch dauert die Besatzung bis 1925 an |
| 1923 (September) | Reichskanzler Gustav Stresemann bricht den passiven Widerstand gegen die Ruhrbesetzung ab und verhängt den Ausnahmezustand; die linksradikalen Regierungen Sachsens und Thüringens sowie das monarchistische Bayern erkennen die Beschlüsse der Berliner Reichsregierung nicht an, General von Seeckt zerschlägt mit der Reichswehr die kommunistischen Aufstände |
| 1923 (November) | "Hitler-Putsch":mit der Unterstützung von Teilen der bayerischen Landesregierung und des ehemaligen Generals und Kriegshelden Ludendorff versucht Adolf Hitler, Führer der 1920 gegründeten Nationalsozialistischen Partei Deutschlands (NSDAP), von Bayern aus die Macht in Deutschland zu übernehmen; das Unternehmen bricht zusammen, weil von Seeckt erstmalig die Reichswehr gegen einen Putschversuch von rechts einsetzt und Hitlers "Marsch auf die Feldherrnhalle" niederschießen läßt;Hitler wird zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt, von denen er als ehemaliger Soldat ein Jahr in Festungshaft absitzen muß - er nutzt die Zeit und schreibt in der Gefangenschaft sein politisches Programm nieder: "Mein Kampf" | Hitler-Putsch-ProzeßAdolf Hitler mit General Ludendorff vor Beginn des Prozesses gegen die Rädelsführer des Münchner Putschversuchs von 1923Gustav StresemannGustav Stresemann, die herausragende politische Gestalt in den verhältnismäßig ruhigen Jahren von 1923 bis 1929Heinrich BrüningDer 'Notverordnungs-Kanzler' Heinrich Brüning (Zentrumspartei) |
| 1925 | Tod Friedrich Ebert und Wahl des 78-jährigen Generalfeldmarschalls a.D. Paul von Hindenburg zum neuen Reichspräsidenten (als Kandidat der konservativen und rechten Parteien) |
| 1926 | Außenminister Stresemann schließt im schweizerischen Locarno mit den Siegermächten einen Vertrag über die Unverletzlichkeit der bestehenden Westgrenzen, erreicht aber immer noch keine Räumung des Rheinlandes von fremden Truppen; die rechte Opposition läuft Sturm gegen diese Preisgabe deutscher Gebietsansprüche |
| 1928 | http://www.stefanjacob.de/Geschichte/Bilder/Sound.gif Gustav Stresemann: Rede zur Reichstagswahl 1928erster bemerkenswerter Wahlerfolg der NSDAP: die Partei erzielt 2,6% und zieht mit 12 Abgeordneten in den Reichstag ein |
| 1929 | der "schwarze Freitag" und die darauffolgende Wirtschaftskrise treffen auch Deutschland schwer: viele Firmen und Banken brechen zusammen, die Arbeitslosigkeit steigt von 1,6 Millionen bis 1931 auf 4,3 Millionen, bis Anfang 1933 auf über 6 Millionen an; mit der Annahme des "Young-Plans" durch Stresemann werden die deutschen Reparationen auf 115 Mrd. Mark 59 Jahresraten festgelegt, im Gegenzug soll das Rheinland bis 1930 von den Alliierten freigegeben werden |
| 1929 (Oktober) | Tod Gustav Stresemanns |
| 1930 (März) | Präsident von Hindenburg ernennt auf Grund seiner herausragenden verfassungsmäßigen Stellung den Zentrumspolitiker Heinrich Brüning zum Reichskanzler, ob wohl dieser sich nicht auf eine Mehrheit im Parlament stützen kann; Brüning regiert mit Hindenburgs präsidialer Macht im Rücken, das Parlament jederzeit auflösen zu können, durch Notverordnungen, d.h. ohne bzw. gegen den Reichstag |
| 1930 (September) | bei der Reichstagswahl wächst die Zahl der NSDAP-Abgeordneten von 12 auf 107 (18,3%) an, die der Kommunisten von 54 auf 77 (13,1%) - noch haben die demokratischen Parteien zusammen eine überwältigende Mehrheit im Volk; ungeachtet des Wahlausgangs läßt Hindenburg den Kanzler Brüning weiter regierenhttp://www.stefanjacob.de/Geschichte/Bilder/Sound.gif Paul von Hindenburg: Radioansprache zur Reichspräsidentenwahl |
| 1932 (April) | Paul von Hindenburg wird als Reichspräsident für weitere 7 Jahre wiedergewählt, diesmal als Kandidat der SPD und der demokratischen Parteien gegen Hitler, den Kandidaten der deutschnationalen Parteien, und den kommunistischen Anwärter Ernst Thälmann;http://www.stefanjacob.de/Geschichte/Bilder/Sound.gif Kurt Schumacher (SPD) hält im Reichstag eine Rede gegen die Nazis, die ihn später für zehn Jahre ins Konzentrationslager bringen wird |
| 1932 (Mai) | nach einer Vertrauenskrise wird Brüning vom Reichspräsidenten entlassen und der rechtskonservative Zentrums-Abgeordnete Franz von Papen mit dem Amt des Reichskanzlers betraut | Franz von PapenFranz von Papen sollte im "Kriegsverbrecher-Prozeß" 1945/46 als einer der Hauptangeklagten verurteilt werden, weil er Hitler mit zur Macht verholfen hatte, wurde aber freigesprochen.General SchleicherGeneral Kurt von Schleicher, ein enger Vertrauter Hindenburgs und als Reichskanzler der letzte Versuch, Adolf Hitler von der Macht fernzuhaltenMachtergreifung30. Januar 1933: Siegesfeier nach der "Machtergreifung"ReichstagsbrandReichstagsbrandHeinrich HimmlerPolizei- und SS-Führer Heinrich Himmler links: Selbstinszenierung Hitlers und Propaganda-Auftritte mit dem "Marschall des Volkes" Hindenburg nach der Machtergreifung |
| 1932 (Juli bis November) | die Reichstagswahl bringt das bislang höchste Ergebnis für Hitlers NSDAP, die zur stärksten Partei wird: 230 Abgeordnete (37,8%) - Hermann Göring als Vertreter der größten Fraktion wird Parlamentspräsident;Hitler fordert von Hindenburg den Regierungsauftrag, wird aber schroff abgewiesen; von Papen regiert weiter, doch erleidet er im September eine verheerende Niederlage in einer Vertrauensabstimmung, woraufhin der Präsident den Reichstag sofort auflöst, damit von Papen im Amt bleiben kann; von Papen versucht Hindenburg zu überreden, überhaupt nicht mehr neu wählen zu lassen, doch der Präsident lehnt den Verfassungsbruch ab; bei der Neuwahl im November verliert Hitler 4 Millionen Stimmen, die NSDAP bleibt dennoch stärkste Partei mit 196 Abgeordneten (33,1%) |
| 1932 (Dezember) | nach dem endgültigen Scheitern von Papens ernennt Hindenburg den parteilosen General Kurt von Schleicher zum Reichskanzler, der das Ziel verfolgt, den Nationalsozialisten durch ein massenhaftes Arbeitsbeschaffungsprogramm den Wind aus den Segeln zu nehmen oder sie zu spalten |
| 1933 (30. Januar) | **Hitlers "Machtergreifung":**nachdem Hindenburg sich durch Franz von Papen und andere von der 'Gefährlichkeit' der Pläne Schleichers hat überzeugen lassen, verweigert er seinem Kanzler eine erneute Reichstags-Auflösung und entscheidet sich für die scheinbar letzte noch verbliebene Möglichkeit einer stabilen Regierungsbildung - er beruft ` Adolf Hitler zum Reichskanzler;Hitler bildet mit Franz von Papen als Vizekanzler ein Kabinett der "nationalen Einigung", dem zunächst außer dem Kanzler selber nur zwei Nationalsozialisten, Hermann Göring und Wilhelm Frick, außerdem mehrere Minister von der Deutsch-Nationalen Volkspartei (DNVP) und Parteilose angehören;verabredungsgemäß löst der Reichspräsident das Parlament auf, um einige von Hitler gewünschte Notverordnungen über die Gleichschaltung der Länder mit dem Reich zu erlassen und den Weg für Neuwahlen freizumachen |
| 1933 (Februar) | http://www.stefanjacob.de/Geschichte/Bilder/Sound.gif Adolf Hitler: Rede nach der Machtergreifungeine Woche vor der Parlamentswahl setzt der niederländische Anarchist Marinus van der Lubbe das Berliner Reichstagsgebäude in Brand, beschwört damit Befürchtungen weiterer kommunistischer Aufstandsversuche herauf und gibt Hitler die Gelegenheit zu Maßregeln gegen die Oppositionsparteien |
| 1933 (5. März) | in der letzten freien Wahl bis 1949 erreicht die NSDAP wiederum keine absolute Mehrheit, sondern ist mit ihren 43,9% auf die 8% der Stimmen für die DNVP angewiesen |
| 1933 (20. März) | nahe Dachau läßt der SS-Führer und bayerische Polizeichef Himmler das erste "Konzentrationslager" einrichten, ein Freiluftgefängnis, das zunächst hauptsächlich für die vielen bereits verhafteten und noch festzunehmenden Kommunisten und Sozialdemokraten bestimmt war |
| 1933 (23. März) | der Reichstag verabschiedet geschlossen, mit Ausnahme der 94 anwesenden SPD-Abgeordneten, das "Ermächtigungsgesetz", mit dem sich das Parlament selbst entmachtet und der Regierung Hitler Gesetzgebungsvollmacht erteilt |
| seit Mai 1933 | Liquidation sämtlicher Parteien außer der NSDAP: KPD und SPD werden verboten, die übrigen lösen sich - teilweise unter Zwang - selbst auf, die Neugründung von Parteien wird als "hochverräterisch" verboten; die Gewerkschaften werden zur "Deutschen Arbeitsfront" (DAF) zusammengefaßt (1934); der 1. Mai wird als "Tag der nationalen Arbeit" gesetzlicher Feiertag, womit Hitler eine langjährige Forderung der politischen Linken erfüllt |
| 1933 (Dezember) | die NSDAP wird per Gesetz zur Staatspartei mit amtlichen Funktionen erklärt-o-o- |

 |

Der **Reichstag in der Zeit des Nationalsozialismus** von 1933 bis 1945 war ein[Scheinparlament](https://de.wikipedia.org/wiki/Scheinparlamentarismus%22%20%5Co%20%22Scheinparlamentarismus). Wegen seiner faktisch fehlenden [Entscheidungskompetenz](https://de.wikipedia.org/wiki/Entscheidungskompetenz) sowie des Singens der [Nationalhymne](https://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Nationalhymne) wurde er mitunter spöttisch der „teuerste Gesangsverein Deutschlands“ genannt.[[1]](https://de.wikipedia.org/wiki/Reichstag_%28Zeit_des_Nationalsozialismus%29#cite_note-1)

Nach der [ersten Reichstagswahl](https://de.wikipedia.org/wiki/Reichstagswahl_M%C3%A4rz_1933) in der [Zeit des Nationalsozialismus](https://de.wikipedia.org/wiki/Zeit_des_Nationalsozialismus) verabschiedete der Reichstag am 24. März 1933 das [Ermächtigungsgesetz](https://de.wikipedia.org/wiki/Gesetz_zur_Behebung_der_Not_von_Volk_und_Reich). Damit trat er seine Gesetzgebungskompetenzen faktisch an die [Reichsregierung](https://de.wikipedia.org/wiki/Reichsregierung) ([Kabinett Hitler](https://de.wikipedia.org/wiki/Kabinett_Hitler)) ab. Ab Juli desselben Jahres bildete die [NSDAP](https://de.wikipedia.org/wiki/Nationalsozialistische_Deutsche_Arbeiterpartei) die einzige Fraktion.[Reichstagspräsident](https://de.wikipedia.org/wiki/Reichstagspr%C3%A4sident_%28Weimarer_Republik%29%22%20%5Co%20%22Reichstagspr%C3%A4sident%20%28Weimarer%20Republik%29) war [Hermann Göring](https://de.wikipedia.org/wiki/Hermann_G%C3%B6ring). Mit dem [Anschluss Österreichs](https://de.wikipedia.org/wiki/Anschluss_%C3%96sterreichs) wurde das Parlament 1938 in **Großdeutscher Reichstag** umbenannt.



Wahlplakat mit [Reichspräsident](https://de.wikipedia.org/wiki/Reichspr%C3%A4sident) [Hindenburg](https://de.wikipedia.org/wiki/Paul_von_Hindenburg) und [Reichskanzler](https://de.wikipedia.org/wiki/Reichskanzler) [Hitler](https://de.wikipedia.org/wiki/Adolf_Hitler) zur [Wahl im November 1933](https://de.wikipedia.org/wiki/Reichstagswahl_November_1933):
*Der Marschall und der Gefreite kämpfen mit uns für Frieden und Gleichberechtigung:* Gefreiter = cabo, grado militar der Gefreite, die Gefreite = der Gefreite **Gefreiter** m. militärischer Mannschaftsdienstgrad (16. Jh.), substantiviertes Part. Prät. von *freien* ‘frei machen, befreien’ (s. [befreien](http://www.dwds.de/?qu=befreien),[frei](http://www.dwds.de/?qu=frei)), als Übersetzung der Soldatensprache von lat. *exēmptus*‘ausgenommen’ (vom Schildwachestehen), zu lat. *eximere* ‘herausnehmen, wegnehmen’, so daß unter einem *Gefreiten* eigentl. ‘der vom Schildwachdienst befreite Soldat’ zu verstehen ist. ,

*Siehe auch:*[*Wahlrecht in der Zeit des Nationalsozialismus*](https://de.wikipedia.org/wiki/Wahlrecht_in_der_Zeit_des_Nationalsozialismus)

1933

* 5. März: [Reichstagswahl](https://de.wikipedia.org/wiki/Reichstagswahl_M%C3%A4rz_1933) (letzte Wahl, an der mehr als eine Partei teilnahm)
* 12. November: [Reichstagswahl und Volksabstimmung](https://de.wikipedia.org/wiki/Reichstagswahl_November_1933) (Abstimmung über bereits vollzogenen Austritt Deutschlands aus dem [Völkerbund](https://de.wikipedia.org/wiki/V%C3%B6lkerbund))

1936

* 29. März: [Reichstagswahl und Volksabstimmung](https://de.wikipedia.org/wiki/Reichstagswahl_im_Deutschen_Reich_1936) (Abstimmung über bereits vollzogene [Rheinlandbesetzung](https://de.wikipedia.org/wiki/Rheinlandbesetzung_%281936%29))

1938

* 10. April: [Reichstagswahl zum Großdeutschen Reichstag und Volksabstimmung](https://de.wikipedia.org/wiki/Reichstagswahl_1938)(Abstimmung über bereits vollzogenen [Anschluss Österreichs](https://de.wikipedia.org/wiki/Anschluss_%C3%96sterreichs))
* 4. Dezember: [Sudetendeutsche Ergänzungswahl](https://de.wikipedia.org/wiki/Sudetendeutsche_Erg%C3%A4nzungswahl) (Reichstagswahl der Einwohner des [Sudetenlandes](https://de.wikipedia.org/wiki/Sudetenland) nach dessen Anschluss)

Bei den Wahlen ab November 1933 stand jeweils nur die NSDAP zur Wahl. Alle übrigen Parteien waren in der vorherigen [Legislaturperiode](https://de.wikipedia.org/wiki/Legislaturperiode) bis zum Juli 1933[verboten](https://de.wikipedia.org/wiki/Parteiverbot%22%20%5Co%20%22Parteiverbot) worden oder hatten ihre Selbstauflösung beschlossen. Das von der Reichsregierung am 14. Juli 1933 erlassene [Gesetz gegen die Neubildung von Parteien](https://de.wikipedia.org/wiki/Gesetz_gegen_die_Neubildung_von_Parteien) besiegelte den [Einparteienstaat](https://de.wikipedia.org/wiki/Einparteienstaat).

Für diese drei Wahlen wurde jeweils eine Einheitsliste aufgestellt (vgl.[Reichswahlvorschlag](https://de.wikipedia.org/wiki/Reichswahlvorschlag%22%20%5Co%20%22Reichswahlvorschlag)), auf denen auch einige als *Gäste* bezeichnete [Parteilose](https://de.wikipedia.org/wiki/Parteilose) kandidierten. Wie bei den[Volksabstimmungen](https://de.wikipedia.org/wiki/Volksabstimmung_%28Deutschland%29%22%20%5Co%20%22Volksabstimmung%20%28Deutschland%29) gab es hier lediglich die Möglichkeit der Zustimmung oder Ablehnung.

Nach der Wahl am 29. März 1936 wurde eine neue Zählung der Legislaturperioden dekretiert. Es begann nun die 3. Wahlperiode. Die VIII. Wahlperiode (März bis November 1933) und die IX. Wahlperiode (November 1933 bis März 1936) wurden nachträglich in 1. und 2. Wahlperiode umgedeutet, um die "Zäsur mit dem Machtantritt Hitlers deutlich werden zu lassen."

Am 25. Januar 1943 verlängerte Hitler die 4. Wahlperiode des Reichstages durch ein Gesetz bis zum 30. Januar 1947. Damit wurde vermieden, während des Krieges Wahlen abhalten zu müssen. Durch den [Kriegsausgang](https://de.wikipedia.org/wiki/Zweiter_Weltkrieg#Kriegsende_in_Europa_1945) kam es nicht mehr zu einem weiteren Urnengang.

Gemäß den Regelungen des Weimarer Wahlgesetzes wurde für je 60.000 abgegebene Stimmen ein [Sitz](https://de.wikipedia.org/wiki/Sitz_%28Politik%29) erteilt. Da die[Wahlbeteiligung](https://de.wikipedia.org/wiki/Wahlbeteiligung%22%20%5Co%20%22Wahlbeteiligung) sehr hoch war, aber auch wegen der [neuen zum Reich gehörenden Gebiete](https://de.wikipedia.org/wiki/Deutsches_Reich_1933_bis_1945#Erweiterungen_des_Herrschaftsgebiets), nahm das Parlament bedeutend größere Ausmaße an als noch zu Beginn des Jahres 1933. Zuletzt gab es 857 Abgeordnete; [Adolf Hitler](https://de.wikipedia.org/wiki/Adolf_Hitler) selbst war dabei Nr. 433, gewählt im Reichstagswahlkreis 24 ([Oberbayern](https://de.wikipedia.org/wiki/Oberbayern%22%20%5Co%20%22Oberbayern)-[Schwaben](https://de.wikipedia.org/wiki/Schwaben_%28Bayern%29)).

Infolge des [Brandanschlags im Februar 1933](https://de.wikipedia.org/wiki/Reichstagsbrand) war das [Reichstagsgebäude](https://de.wikipedia.org/wiki/Reichstagsgeb%C3%A4ude) unbrauchbar. Deshalb wurde der Vorführungssaal der gegenüberliegenden [Krolloper](https://de.wikipedia.org/wiki/Krolloper) in einen Sitzungssaal umgebaut. Nach dem Umzug fanden dort die Reichstagssitzungen statt.

Nach dem Ermächtigungsgesetz trat der Reichstag noch neunzehn Mal zusammen. In diesen Sitzungen wurden lediglich sieben Gesetze verabschiedet – gegenüber 986 Gesetzen, die aufgrund der Vollmachten des Ermächtigungsgesetzes von der Regierung allein beschlossen wurden. Zwei davon betrafen die Verlängerung des jeweils auf vier Jahre begrenzten Ermächtigungsgesetzes. Die übrigen fünf waren:

* das [Gesetz über den Neuaufbau des Reichs](https://de.wikipedia.org/wiki/Gesetz_%C3%BCber_den_Neuaufbau_des_Reichs) vom 30. Januar 1934
* das [Reichsflaggengesetz](https://de.wikipedia.org/wiki/Reichsflaggengesetz),
* das [Reichsbürgergesetz](https://de.wikipedia.org/wiki/Reichsb%C3%BCrgergesetz) und
* das [Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre](https://de.wikipedia.org/wiki/Gesetz_zum_Schutze_des_deutschen_Blutes_und_der_deutschen_Ehre) (alle vom 15. September 1935) sowie
* das Gesetz zur Wiedervereinigung [Danzigs](https://de.wikipedia.org/wiki/Freie_Stadt_Danzig) mit dem Deutschen Reich vom 1. September 1939.

Der Reichstag trat zum letzten Mal am 26. April 1942 zusammen. Der bei dieser Sitzung einstimmig gefasste [Beschluss](https://de.wikipedia.org/wiki/Beschluss_des_Gro%C3%9Fdeutschen_Reichstags_vom_26._April_1942) hob die letzten Reste der Vorrechte der Beamten auf und machte den „[Führer](https://de.wikipedia.org/wiki/F%C3%BChrer%22%20%5Co%20%22F%C3%BChrer)“ darüber hinaus endgültig zur letzten Entscheidungsinstanz.

-o-o-

Nach dem [**Wahlrecht**](https://de.wikipedia.org/wiki/Wahlrecht)**in der**[**Zeit des Nationalsozialismus**](https://de.wikipedia.org/wiki/Zeit_des_Nationalsozialismus) (1933 bis 1945) war die Bevölkerung im [Deutschen Reich](https://de.wikipedia.org/wiki/Deutsches_Reich_1933_bis_1945) zu mehreren Wahlen zum [Reichstag](https://de.wikipedia.org/wiki/Reichstag_%28Zeit_des_Nationalsozialismus%29) aufgerufen, außerdem fanden [Referenden](https://de.wikipedia.org/wiki/Referendum) statt, die ([außer 1934](https://de.wikipedia.org/wiki/Volksabstimmung_%C3%BCber_das_Staatsoberhaupt_des_Deutschen_Reichs%22%20%5Co%20%22Volksabstimmung%20%C3%BCber%20das%20Staatsoberhaupt%20des%20Deutschen%20Reichs)) gleichzeitig mit der[Reichstagswahl](https://de.wikipedia.org/wiki/Reichstagswahlen_in_Deutschland%22%20%5Co%20%22Reichstagswahlen%20in%20Deutschland) abgehalten wurden. Die Abstimmungen hatten nicht den Charakter von [freien Wahlen](https://de.wikipedia.org/wiki/Freie_Wahl), sondern von[Scheinwahlen](https://de.wikipedia.org/wiki/Scheinwahl%22%20%5Co%20%22Scheinwahl).



Boleta electoral de 1936 para integrar el Reichstag

Die [nationalsozialistische Regierung](https://de.wikipedia.org/wiki/Kabinett_Hitler) änderte das Wahlrecht nicht und übernahm die bestehende Gesetzgebung der [Weimarer Republik](https://de.wikipedia.org/wiki/Weimarer_Republik). Damit blieben sowohl die Reichsstimmordnung als auch das Reichswahlgesetz in Kraft. Damit waren offiziell nach § 1 des [Reichswahlgesetzes](https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Reichswahlgesetz&action=edit&redlink=1) und § 2, Absatz 1 der [Reichsstimmordnung](https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Reichsstimmordnung&action=edit&redlink=1) [freie und geheime Wahlen](https://de.wikipedia.org/wiki/Wahlgrunds%C3%A4tze) vorgeschrieben, was bedeutete, dass es [Wahlurnen](https://de.wikipedia.org/wiki/Wahlurne),[Wahlzettel](https://de.wikipedia.org/wiki/Wahlzettel) und [Wahlkabinen](https://de.wikipedia.org/wiki/Wahlkabine) geben soll. Rechtlich gesehen mussten die Abstimmungen durch einen [Wahlvorstand](https://de.wikipedia.org/wiki/Wahlvorstand) während des Urnengangs überwacht werden. Da das [Frauenwahlrecht](https://de.wikipedia.org/wiki/Frauenwahlrecht) seit dem 30. November 1918 bestand,[[1]](https://de.wikipedia.org/wiki/Wahlrecht_in_der_Zeit_des_Nationalsozialismus#cite_note-1) verfügten alle Reichsbürger, die mindestens 20 Jahre alt waren über das [aktive Wahlrecht](https://de.wikipedia.org/wiki/Aktives_Wahlrecht). Das [passive Wahlrecht](https://de.wikipedia.org/wiki/Passives_Wahlrecht) hatte dagegen jede Person, die mindestens 25 Jahre alt war.[[2]](https://de.wikipedia.org/wiki/Wahlrecht_in_der_Zeit_des_Nationalsozialismus#cite_note-2)

Die [Reichstagswahl am 5. März 1933](https://de.wikipedia.org/wiki/Reichstagswahl_M%C3%A4rz_1933) war die erste Wahl unter nationalsozialistischer Herrschaft und zugleich die letzte Wahl, bei der mehrere Parteien zugelassen waren. Nach diesem Urnengang fanden in der Zeit des Nationalsozialismus noch drei Reichstagswahlen statt. Am [12. November 1933](https://de.wikipedia.org/wiki/Reichstagswahl_November_1933) verbuchte die NSDAP 92,2 % der Stimmen, am [29. März 1936](https://de.wikipedia.org/wiki/Reichstagswahl_im_Deutschen_Reich_1936) kam sie auf 99 %. Am [10. April 1938](https://de.wikipedia.org/wiki/Reichstagswahl_1938) wurde der sogenannte [*Großdeutsche Reichstag*](https://de.wikipedia.org/wiki/Gro%C3%9Fdeutscher_Reichstag) gewählt (99 % NSDAP). Am 4. Dezember 1938 fand zudem die [Ergänzungswahl für das Sudetenland](https://de.wikipedia.org/wiki/Sudetendeutsche_Erg%C3%A4nzungswahl) statt, nachdem dieses Gebiet infolge des [Münchner Abkommens](https://de.wikipedia.org/wiki/M%C3%BCnchner_Abkommen) vom 29. September angeschlossen worden war.[[3]](https://de.wikipedia.org/wiki/Wahlrecht_in_der_Zeit_des_Nationalsozialismus#cite_note-3)

Die Saarländer waren 1936 nach der Rückgliederung des [Saargebiets](https://de.wikipedia.org/wiki/Saargebiet) zum 1. März 1935 erstmals wieder seit [1919](https://de.wikipedia.org/wiki/Wahl_zur_Deutschen_Nationalversammlung) zu einer gesamtdeutschen Wahl aufgerufen. Dagegen verloren [Juden](https://de.wikipedia.org/wiki/Juden_in_Deutschland) durch das [Reichsbürgergesetz](https://de.wikipedia.org/wiki/Reichsb%C3%BCrgergesetz) vom 15. September 1935 das Wahlrecht. Damit durften sie, genauso wie sogenannte [jüdische Mischlinge](https://de.wikipedia.org/wiki/J%C3%BCdischer_Mischling), nicht mehr an einer Reichstagswahl teilnehmen.[[4]](https://de.wikipedia.org/wiki/Wahlrecht_in_der_Zeit_des_Nationalsozialismus#cite_note-4)

Am 25. Januar 1943 verlängerte [Adolf Hitler](https://de.wikipedia.org/wiki/Adolf_Hitler) die Wahlperiode des Reichstags durch ein Gesetz bis zum 30. Januar 1947. Damit wurde vermieden, während des Krieges Wahlen abhalten zu müssen. Durch den [Kriegsausgang](https://de.wikipedia.org/wiki/Zweiter_Weltkrieg#Kriegsende_in_Europa_1945) kam es nicht mehr zu einem weiteren Urnengang.

## Kandidaten und Mandate

Seit 1920 erhielt im Deutschen Reich eine Partei pro 60.000 Stimmen einen Sitz im Reichstag, was ab 1933 in Anbetracht der relativ hohen [Wahlbeteiligung](https://de.wikipedia.org/wiki/Wahlbeteiligung) sowie der durch [Anschluss weiterer Gebiete](https://de.wikipedia.org/wiki/Deutsches_Reich_1933_bis_1945#Erweiterungen_des_Herrschaftsgebiets) größer werdenden Bevölkerung zu einem Wachstum an [Mandaten](https://de.wikipedia.org/wiki/Mandat_%28Politik%29) führte.

Kurz nach dem [Betätigungsverbot](https://de.wikipedia.org/wiki/Parteiverbot) für die SPD als „staats- und volksfeindliche Partei“ (22. Juni 1933) lösten sich sämtliche Parteien selbst auf. Am 14. Juli 1933 folgte das [*Gesetz gegen die Neubildung von Parteien*](https://de.wikipedia.org/wiki/Gesetz_gegen_die_Neubildung_von_Parteien). Bei den drei weiteren in der Zeit des Nationalsozialismus durchgeführten Wahlen nahmen somit nur [Mitglieder der NSDAP](https://de.wikipedia.org/wiki/Nationalsozialistische_Deutsche_Arbeiterpartei#Mitglieder) sowie einige [Parteilose](https://de.wikipedia.org/wiki/Parteiloser), die als „Gäste“ bezeichnet wurden, als Kandidaten auf einer Einheitsliste teil.

Nach dem 17. Mai 1933 trat der Reichstag, der lediglich aus Abgeordneten der NSDAP bestand, nur noch zu 18 Sitzungen zusammen. Formal besaß er noch ein Gesetzgebungsrecht, doch nach der Verabschiedung des „[Ermächtigungsgesetzes](https://de.wikipedia.org/wiki/Erm%C3%A4chtigungsgesetz%22%20%5Co%20%22Erm%C3%A4chtigungsgesetz)“ (24. März 1933) von den annähernd 1000 Reichsgesetzen allein sieben vom Reichstag beschlossen. Am 26. April 1942 fand die [letzte Sitzung des nationalsozialistischen Reichstages](https://de.wikipedia.org/wiki/Beschluss_des_Gro%C3%9Fdeutschen_Reichstags_vom_26._April_1942) statt.

## Volksabstimmungen

In der Weimarer Republik waren [Volksentscheide](https://de.wikipedia.org/wiki/Direkte_Demokratie_in_der_Weimarer_Republik) möglich gewesen. Die [Nationalsozialisten](https://de.wikipedia.org/wiki/Nationalsozialisten) verabschiedeten am 14. Juli 1933 ein eigenes „Gesetz über [Volksabstimmung](https://de.wikipedia.org/wiki/Volksabstimmung_%28Deutschland%29)“. Dieses Gesetz ermöglichte, die Wähler nicht nur über Gesetze, sondern auch über Regierungsmaßnahmen votieren zu lassen. Zur Annahme bzw. Ablehnung sah es eine einfache Mehrheit der gültigen Stimmen vor. Ursprüngliche Intention war die Möglichkeit, verfassungsändernde Beschlüsse zu fällen, die nicht durch das Ermächtigungsgesetz abgedeckt waren. Die nationalsozialistischen Verfassungsexperten widersprachen dieser Möglichkeit. In der Praxis erhielt das Gesetz nicht die ursprünglich geplante Wichtigkeit. Es wurde als Mittel eingesetzt, um die Einheit zwischen der NS-Führung und der Volksgemeinschaft zu demonstrieren.

Die Nationalsozialisten führten vier Volksabstimmungen durch, die bereits getroffene Entscheidungen nachträglich bestätigen sollten. Über den beschlossenen [Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund](https://de.wikipedia.org/wiki/Volksabstimmung_%C3%BCber_den_Austritt_Deutschlands_aus_dem_V%C3%B6lkerbund) wurde am 12. November 1933 abgestimmt. Über die [Vereinigung der Ämter des Reichspräsidenten und Reichskanzlers](https://de.wikipedia.org/wiki/Volksabstimmung_%C3%BCber_das_Staatsoberhaupt_des_Deutschen_Reichs) gab es am 19. August 1934 eine Volksabstimmung. Die Wahlbeteiligung lag über 95 %, davon über 89 % Ja-Stimmen. Am 29. März 1936 folgte die[Volksabstimmung über die Ermächtigung zur Rheinlandbesetzung](https://de.wikipedia.org/wiki/Volksabstimmung_%C3%BCber_die_Erm%C3%A4chtigung_zur_Rheinlandbesetzung%22%20%5Co%20%22Volksabstimmung%20%C3%BCber%20die%20Erm%C3%A4chtigung%20zur%20Rheinlandbesetzung) und am 10. April 1938 schließlich die [Volksabstimmung über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich](https://de.wikipedia.org/wiki/Volksabstimmung_%C3%BCber_die_Wiedervereinigung_%C3%96sterreichs_mit_dem_Deutschen_Reich).

Während der [Weimarer Republik](https://de.wikipedia.org/wiki/Weimarer_Republik) gab es Ansätze zur Reform der Reichstagswahl, und nach dem [Zweiten Weltkrieg](https://de.wikipedia.org/wiki/Zweiter_Weltkrieg) wurde darüber diskutiert, ob das [Wahlsystem](https://de.wikipedia.org/wiki/Wahlrecht_der_Weimarer_Republik) eine Mitschuld am Untergang der [Republik](https://de.wikipedia.org/wiki/Republik) hatte. Die herrschende Meinung in der Geschichts- und Politikwissenschaft betont, dass die damalige [Verhältniswahl](https://de.wikipedia.org/wiki/Verh%C3%A4ltniswahl) ohne [Sperrklausel](https://de.wikipedia.org/wiki/Sperrklausel) zur [Parteienzersplitterung](https://de.wikipedia.org/wiki/Parteienzersplitterung)beigetragen habe. So gab es teils Vertreter von bis zu 15 Parteien im [Parlament](https://de.wikipedia.org/wiki/Reichstag_%28Weimarer_Republik%29). Umstrittener ist, ob die Zersplitterung auch zur Radikalisierung und zum Aufstieg der [NSDAP](https://de.wikipedia.org/wiki/Nationalsozialistische_Deutsche_Arbeiterpartei) beitrug. –o-o-

Die **Reichstagswahl am 5. März 1933** war die Wahl zum achten [Deutschen](https://de.wikipedia.org/wiki/Deutsches_Reich_1933_bis_1945) [Reichstag](https://de.wikipedia.org/wiki/Reichstag_%28Zeit_des_Nationalsozialismus%29) in der[Weimarer Republik](https://de.wikipedia.org/wiki/Weimarer_Republik). Sie war die letzte[Reichstagswahl](https://de.wikipedia.org/wiki/Reichstagswahlen_in_Deutschland), an der mehr als eine Partei teilnahm, und stand bereits unter dem Eindruck der beginnenden [Diktatur des Nationalsozialismus](https://de.wikipedia.org/wiki/Zeit_des_Nationalsozialismus). Der Wahlkampf war von Übergriffen von Mitgliedern der[NSDAP](https://de.wikipedia.org/wiki/Nationalsozialistische_Deutsche_Arbeiterpartei) auf politische Gegner insbesondere von[KPD](https://de.wikipedia.org/wiki/Kommunistische_Partei_Deutschlands) und [SPD](https://de.wikipedia.org/wiki/Sozialdemokratische_Partei_Deutschlands) geprägt. Daneben setzte bereits die staatliche Verfolgung ein. Dabei kam der Regierung ([Kabinett Hitler](https://de.wikipedia.org/wiki/Kabinett_Hitler)) auch der [Reichstagsbrand](https://de.wikipedia.org/wiki/Reichstagsbrand) vom 27. auf den 28. Februar 1933 zugute. Mit Hilfe der tags darauf erlassenen [Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat](https://de.wikipedia.org/wiki/Verordnung_des_Reichspr%C3%A4sidenten_zum_Schutz_von_Volk_und_Staat)(„Reichstagsbrandverordnung“) wurden die Grundrechte außer Kraft gesetzt und die Strukturen der KPD praktisch zerschlagen. Bei der Wahl selbst konnte die NSDAP stark zulegen, erhielt aber nicht die erhoffte absolute Mehrheit. Zusammen mit der[KSWR](https://de.wikipedia.org/wiki/Kampffront_Schwarz-Wei%C3%9F-Rot), einem von der [DNVP](https://de.wikipedia.org/wiki/Deutschnationale_Volkspartei) dominierten Wahlbündnis, hatte die Regierung nach der Wahl eine parlamentarische Mehrheit und konnte darauf gestützt den Weg in die Diktatur ebnen. Die nächste [Wahl im November 1933](https://de.wikipedia.org/wiki/Reichstagswahl_November_1933) sah nur noch eine NSDAP-Einheitsliste in Verbindung mit einer Volksabstimmung über den Austritt aus dem [Völkerbund](https://de.wikipedia.org/wiki/V%C3%B6lkerbund) vor.

 Boleta para elección de diputados 5 de marzo de 1933

Die Wahl fand gut fünf Wochen nach der sogenannten[Machtergreifung](https://de.wikipedia.org/wiki/Machtergreifung%22%20%5Co%20%22Machtergreifung) [Adolf Hitlers](https://de.wikipedia.org/wiki/Adolf_Hitler), d. h. seiner Ernennung zum[Reichskanzler](https://de.wikipedia.org/wiki/Reichskanzler%22%20%5Co%20%22Reichskanzler) am 30. Januar, statt und war aufgrund der Auflösung des Reichstags am 1. Februar notwendig geworden. Begründet wurde dies damit, dass es nicht gelungen war, eine Koalition aus NSDAP und [Zentrumspartei](https://de.wikipedia.org/wiki/Zentrumspartei) zu bilden. Am Abend des 1. Februar hielt Hitler eine Rundfunkrede, in der er sich über „vierzehn Jahre Marxismus“ in Deutschland echauffierte.[[4]](https://de.wikipedia.org/wiki/Reichstagswahl_M%C3%A4rz_1933#cite_note-Winkler_Katastrophe_876-4)

Die Regierung erließ mit Hilfe des Notverordnungsrechts am 4. Februar die „[Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des Deutschen Volkes](https://de.wikipedia.org/wiki/Verordnung_des_Reichspr%C3%A4sidenten_zum_Schutze_des_Deutschen_Volkes%22%20%5Co%20%22Verordnung%20des%20Reichspr%C3%A4sidenten%20zum%20Schutze%20des%20Deutschen%20Volkes)“. Damit konnten Versammlungen und Publikationen verboten werden.[[4]](https://de.wikipedia.org/wiki/Reichstagswahl_M%C3%A4rz_1933#cite_note-Winkler_Katastrophe_876-4)

Die Sozialdemokraten eröffneten am 7. Februar mit einer großen Versammlung in Berlin den Wahlkampf. Am selben Tag tagte das ZK der KPD wegen der bereits einsetzenden politischen Verfolgung schon unter konspirativen Bedingungen.[[5]](https://de.wikipedia.org/wiki/Reichstagswahl_M%C3%A4rz_1933#cite_note-5) Am 10. Februar eröffnete Adolf Hitler den Wahlkampf mit einer Rede im [Berliner Sportpalast](https://de.wikipedia.org/wiki/Berliner_Sportpalast). Darin griff er die tragenden Parteien der Weimarer Republik scharf an. Er forderte die Wähler auf, ihm vier Jahre Zeit zu geben und dann über ihn zu richten. In pathetischer und geradezu religiöser Weise beschwor er die nationale Auferstehung.[[6]](https://de.wikipedia.org/wiki/Reichstagswahl_M%C3%A4rz_1933#cite_note-6)

Zur Wahl zugelassen wurden zwar auch alle anderen politischen Parteien, aber der Wahlkampf fand bereits unter den Vorzeichen der Diktatur statt. Die Anhänger der NSDAP verübten ungestraft zahlreiche Akte des politischen Terrors, die sich vor allem gegen Sozialdemokraten und Kommunisten richteten. [Hermann Göring](https://de.wikipedia.org/wiki/Hermann_G%C3%B6ring) als kommissarischer preußischer Innenminister gab am 17. Februar die Order an die Polizei aus, ohne Rücksicht von der Schusswaffe Gebrauch zu machen. Einige Tage später wurden die Mitglieder von [SA](https://de.wikipedia.org/wiki/Sturmabteilung), [SS](https://de.wikipedia.org/wiki/Schutzstaffel) und [Stahlhelm](https://de.wikipedia.org/wiki/Stahlhelm%2C_Bund_der_Frontsoldaten) zu Hilfspolizisten gemacht.[[7]](https://de.wikipedia.org/wiki/Reichstagswahl_M%C3%A4rz_1933#cite_note-Winkler_Westen_9-7)

Die Kommunisten konnten am 23. Februar ihre letzte große Wahlkampfveranstaltung mit [Wilhelm Pieck](https://de.wikipedia.org/wiki/Wilhelm_Pieck) als Spitzenkandidat in Preußen abhalten. Aber Pieck konnte seine Rede nicht beenden, da die Veranstaltung polizeilich aufgelöst wurde.[[8]](https://de.wikipedia.org/wiki/Reichstagswahl_M%C3%A4rz_1933#cite_note-8) Am 27. Februar kam es zum [Reichstagsbrand](https://de.wikipedia.org/wiki/Reichstagsbrand). Unabhängig davon, ob der Brand von einem Einzeltäter gelegt oder von den Nationalsozialisten selbst inszeniert wurde, nutzten diese den Vorgang politisch aus, indem sie die Kommunisten dafür verantwortlich machten. Bereits am Tag nach dem Brand wurden die kommunistische Presse und für zwei Wochen auch die Presse der SPD verboten. Die Büros der KPD wurden geschlossen und Abgeordnete und Funktionäre in „[Schutzhaft](https://de.wikipedia.org/wiki/Schutzhaft%22%20%5Co%20%22Schutzhaft)“ genommen. Am selben Tag wurde die[Reichstagsbrandverordnung](https://de.wikipedia.org/wiki/Verordnung_des_Reichspr%C3%A4sidenten_zum_Schutz_von_Volk_und_Staat%22%20%5Co%20%22Verordnung%20des%20Reichspr%C3%A4sidenten%20zum%20Schutz%20von%20Volk%20und%20Staat) erlassen. Damit wurde der bisherige Rechtsstaat beseitigt. Führende Personen von KPD und SPD wurden inhaftiert. So gelang es am 3. März durch Verrat, [Ernst Thälmann](https://de.wikipedia.org/wiki/Ernst_Th%C3%A4lmann) zu finden. Auch regimekritische Intellektuelle wurden inhaftiert. Darunter waren etwa [Carl von Ossietzky](https://de.wikipedia.org/wiki/Carl_von_Ossietzky), [Erich Mühsam](https://de.wikipedia.org/wiki/Erich_M%C3%BChsam), [Ludwig Renn](https://de.wikipedia.org/wiki/Ludwig_Renn), [Egon Erwin Kisch](https://de.wikipedia.org/wiki/Egon_Erwin_Kisch) oder [Max Hodann](https://de.wikipedia.org/wiki/Max_Hodann). Viele Inhaftierte wurden in den bereits ab Februar 1933 errichteten[Konzentrationslagern](https://de.wikipedia.org/wiki/Konzentrationslager%22%20%5Co%20%22Konzentrationslager) interniert und körperlich misshandelt.[[7]](https://de.wikipedia.org/wiki/Reichstagswahl_M%C3%A4rz_1933#cite_note-Winkler_Westen_9-7) Zu einer formellen Auflösung der KPD kam es trotz faktischer Zerschlagung ihrer Handlungsfähigkeit nicht, weil sich die Regierung davon keine praktischen Vorteile erhoffte.[[9]](https://de.wikipedia.org/wiki/Reichstagswahl_M%C3%A4rz_1933#cite_note-9)

Die Wahlbeteiligung stieg enorm auf 88,74 % an (+ 8,2 %). Davon profitierten in erster Linie die Nationalsozialisten. Die NSDAP wurde im Vergleich zur [Reichstagswahl von November 1932](https://de.wikipedia.org/wiki/Reichstagswahl_November_1932) mit einem Stimmengewinn von über fünf Millionen und einem deutlichen Vorsprung vor der SPD und der KPD stärkste Partei. Sie legte um 10,8 % zu, verfehlte aber mit 43,9 % – für viele Beobachter überraschend – die absolute Mehrheit. Die [DNVP](https://de.wikipedia.org/wiki/Deutschnationale_Volkspartei), die nunmehr unter dem Namen Kampffront Schwarz-Weiß-Rot angetreten war, verlor gut eine halbe Million Wähler. Aber mit ihren 8 % hatte die Regierung Hitler-Papen eine parlamentarische Mehrheit.

Größter Wahlverlierer war nach dem Terror der vergangenen Wochen die KPD mit einem Stimmenverlust von etwa einer Million. Dies entsprach einem Verlust von 4,2 %. Die Verluste der SPD waren mit 2,1 % relativ gering. Insbesondere in ihren Hochburgen wie in [Berlin](https://de.wikipedia.org/wiki/Berlin) oder im [Freistaat Sachsen](https://de.wikipedia.org/wiki/Freistaat_Sachsen) blieben die beiden „marxistischen Parteien“ stabil. Wo die SPD dazugewinnen konnte, tat sie dies auf Kosten der KPD. Wahrscheinlich gab es eine direkte Wählerwanderung von der KPD zur NSDAP. Insbesondere in [Ostpreußen](https://de.wikipedia.org/wiki/Ostpreu%C3%9Fen), das mit 56 % nunmehr die höchsten Anteile für die NSDAP aufwies, gab es Bewegungen von SPD und KPD zur Hitlerpartei. Vor allem solche Wähler, die erst im Verlauf der [Weltwirtschaftskrise](https://de.wikipedia.org/wiki/Weltwirtschaftskrise) zu den Linksparteien gestoßen waren, neigten dazu, zur NSDAP zu wechseln. Ein wesentliches Element für die Einbrüche der KPD waren der Terror und die Behinderungen durch die NSDAP. Das Zentrum und die [BVP](https://de.wikipedia.org/wiki/Bayerische_Volkspartei) blieben weitgehend stabil. Sie hatten in Westdeutschland und im Süden weiterhin ihre Hochburgen. Die (Groß-)Wahlkreise Köln-Aachen und Koblenz-Trier waren die einzigen, in denen nicht die NSDAP, sondern das Zentrum die stärkste Partei war. Die beiden liberalen Parteien [DVP](https://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Volkspartei)und [DStP](https://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Demokratische_Partei) waren bedeutungslos.[[10]](https://de.wikipedia.org/wiki/Reichstagswahl_M%C3%A4rz_1933#cite_note-10)